

Datenschutzhinweise für Insolvenzgläubiger, Aussonderungs- und Absonderungsberechtigte

1. Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie über die Datenverarbeitung in unserer Kanzlei:

Verantwortliche/r im Sinne des Datenschutzrechts ist:

Kanzlei Elisabeth Roggenhofer, Bahnhofstrasse 57, 94469 Deggendorf; E-Mail: info@kanzlei-roggenhofer.de, Tel. 0991/344 76 78 0, Fax 0991/344 76 78 25

Kontakt Daten des/der Datenschutzbeauftragten: Der/die Datenschutzbeauftragte der Kanzlei ist unter der vorstehenden Kanzleiadresse erreichbar.

2. Wir verarbeiten die folgenden **personenbezogenen Daten**:

- Vor- und Nachname, Anrede, ggf. Titel
- Postanschrift/en
- Telefonnummer/n
- ggf. Telefaxnummer/n
- ggf. E-Mail-Adresse/n
- Bankverbindung
- Forderungsanmeldung
- für die ordnungsgemäße Ausführung unserer Tätigkeit benötigte sonstige Informationen

3. Wir verarbeiten personenbezogene Daten zu **Zwecken** der

- Ausführung und Abwicklung des Insolvenzverfahrens einschließlich der Korrespondenz;
- Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten als Insolvenzverwalter, dazu gehört insbesondere Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an das Insolvenzgericht, insbesondere im Rahmen der Prüfung der angemeldeten Forderung;
- Bearbeitung von etwaigen gegenseitigen Ansprüchen oder sonstigen Ansprüchen der Insolvenzmasse (z. B. Anfechtungsansprüchen, Haftungsansprüche usw.).

4. **Rechtsgrundlagen** für die Datenverarbeitung in unserer Kanzlei sind

- Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe b DSGVO zur Erfüllung eines etwaigen Mandatsvertrages,
- Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c DSGVO zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichten, denen wir als Gutachter gem. §§ 5 I 2, 22 I 1 Nr. InsO und als (vorläufiger) Insolvenzverwalter unterliegen,
- Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe f DSGVO, soweit die Datenverarbeitung zur Wahrung von berechtigten Interessen von uns oder eines Dritten erforderlich ist; insbesondere kann die Weiterführung oder die Veräußerung des Geschäftsbetriebs der Insolvenzschildnerin oder der Insolvenzschildnerin selbst im berechtigten Interesse der Gläubigergemeinschaft liegen,
- Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a DSGVO, soweit Sie uns Ihre Einwilligung zur Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke gegeben haben.

5. Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an Dritte findet nur statt, soweit dies zur Erfüllung unserer gesetzlichen Pflichten im Rahmen des Insolvenzverfahrens gemäß Art 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c DSGVO (z. B. Erhebung von Anfechtungsklagen oder Haftungsklagen) erfolgt, gemäß Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe f DSGVO die Datenverarbeitung zur Wahrung von berechtigten Interessen von uns oder eines Dritten erforderlich ist, oder Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben oder dies anderweitig gesetzlich zulässig ist.

Zur Erfüllung unserer gesetzlichen Pflichten geben wir personenbezogene Daten – soweit notwendig – an folgende **Empfänger** weiter:

- Finanzbehörden und Gerichte
- Sozialversicherungsträger einschließlich Berufsgenossenschaften
- Bundesagentur für Arbeit
- Bundesanzeiger Verlag GmbH
- Banken, Kreditinstitute, Versicherungen
- Anspruchsgegner zur Durchsetzung von Ansprüchen der Insolvenzmasse gegen Dritte
- Auftragsverarbeiter (z. B. Steuer- und Rechtsberater, Rechenzentren, IT-Dienstleister, Druckdienstleister, Entsorgungsfirmen etc.), deren Dienstleistungen wir nur nutzen, soweit diese als mitwirkende Person auf die Wahrung unserer Berufsgeheimnisse gem. § 203 Abs. 3 Strafgesetzbuch verpflichtet sind,

wobei diese Aufzählung nicht abschließend ist und von den Eigenarten des jeweiligen Insolvenzverfahrens abhängen.

6. Eine Datenübermittlung in **Drittstaaten** (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums – EWR) findet nur statt, soweit dies zur Ausführung des Insolvenzverfahrens (z. B. Zahlungsaufträge) erforderlich oder dies anderweitig gesetzlich zulässig ist oder Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben. In diesem Fall ergreifen wir Maßnahmen, um den Schutz Ihrer Daten sicherzustellen, beispielsweise durch vertragliche Regelungen. Wir übermitteln ausschließlich an Empfänger, die den Schutz Ihrer Daten nach den Vorschriften der DSGVO für die Übermittlung an Drittländer (Art. 44 bis 49 DSGVO) sicherstellen.

7. Die personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie es für die Erfüllung der gesetzlichen Pflichten als Gutachter/(vorl.) Insolvenzverwalter erforderlich ist. Darüber hinaus werden die Daten bei uns für die **Dauer** der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen (z. B. HGB) gespeichert. In der Regel sind dies 10 Jahre nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens, bzw. nach Erteilung der Restschuldbefreiung. Wir behalten uns die Möglichkeit einer weiteren Aufbewahrung von einem Jahr vor, um etwaige Ablaufhemmungen abzudecken. Nach Ablauf von maximal 11 Jahren werden Ihre Daten automatisch vernichtet.

8. Sie haben folgende **Rechte als „betroffene Person“**, deren Daten wir verarbeiten:

- Recht auf **Auskunft** nach Art. 15 DSGVO
- Recht auf **Berichtigung** nach Art. 16 DSGVO
- Recht auf **Löschung** („Vergessenwerden“) nach Art. 17 DSGVO
- Recht auf **Einschränkung** der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO
- Recht auf **Übertragung** Ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format nach Art. 20 DSGVO

Soweit wir die Verarbeitung für bestimmte Zwecke Ihrer personenbezogenen Daten auf Grundlage Ihrer Einwilligung durchführen, haben Sie nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO das Recht, Ihre **Einwilligung** jederzeit zu **widerrufen**. Nach Erhalt Ihres Widerrufs werden wir die Datenverarbeitung für die Zwecke einstellen, für die Sie uns die Einwilligung erteilt haben. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung vor Erhalt Ihres Widerrufs bleibt unberührt.

Widerspruchsrecht: Wenn wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrung von berechtigten Interessen im Sinne von Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe f DSGVO verarbeiten, haben Sie nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO das Recht, dieser Verarbeitung aus Gründen zu widersprechen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Um Ihr Widerspruchsrecht auszuüben, genügt eine formlose Mitteilung an uns (z. B. per E-Mail an: **info@kanzlei-roggenhofer.de**) mit der Angabe, welcher Datenverarbeitung Sie widersprechen. Wir weisen allerdings darauf hin, dass wir nicht verpflichtet sind,

Ihre Daten zu löschen, soweit wir diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen Pflichten gemäß Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c DSGVO benötigen.

Wenn Sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Datenschutz-Grundverordnung verstößt, haben Sie das Recht zur **Beschwerde** nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz (in der Regel Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit). Die Beschwerde kann insbesondere bei der Aufsichtsbehörde eingelegt werden, die am Ort Ihres gewöhnlichen Aufenthalts, Ihres Arbeitsplatzes oder des mutmaßlichen Verstoßes zuständig ist. Am Sitz unserer Kanzlei ist folgende Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zuständig:

Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz (BayIfD), Herr Prof. Dr. Thomas Petri, Wagnmüllerstraße 18, 80538 München

9. Diese Hinweise entsprechen dem Rechtsstand vom 25. Mai 2018. Wir behalten uns vor, unsere Datenschutzhinweise an Änderungen in Vorschriften oder der Rechtsprechung anzupassen.